

AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz <https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Nur per E-Mail an die Parteivorstände von

CDU: kgs@cdu-mainz.de

SPD: ub.mainz-stadt@spd.de

Bündnis 90 Grüne: [mail\(at\)gruene-mainz.de](mailto:mail(at)gruene-mainz.de)

FDP: info@fdp-mainz.de o o@fdp-mainz.de

Die Linke: info@dielinke-mz.de

ÖDP: mainzoedp-rlp.de

Piraten: kontakt@piraten-rlp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf die am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen bitten wir Sie hiermit den folgenden, aus vier Fragen bestehenden Frage-Katalog an alle Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl (Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat) weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte, dass diese per E-Mail an folgende Adresse haugr@gmx.de uns bis zum

23. April 2019

ihre Antworten zukommen lassen.

Wir würden sodann die (nicht) erfolgten Antworten auswerten und in geeigneter Weise veröffentlichen. Hierfür bedanken uns im Voraus recht herzlich.

Freundliche Grüße

Roman Haug

co Arbeitskreis Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz <https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Anlage: Frage-Katalog

Frage-Katalog des AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz

<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Name der Kandidatin/ des Kandidaten: Caro Glandorf

Partei: Bündnis 90 / Die Grünen

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 7

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

? Leider kann ich Ihre Frage inhaltlich nicht verstehen. Vielleicht hilft Ihnen dieser Satz aus unserem Wahlprogramm (S. 13) weiter: „Wir wollen, dass vorhandener Wohnraum auch zum Wohnen genutzt wird. Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Kommunen, in denen Wohnraumknappheit besteht, die Möglichkeit erhalten, ein Zweckentfremdungsverbot per Satzung im Stadtrat zu beschließen. Auf Bundesebene muss das Vorkaufsrecht für Kommunen auch für solche Immobilien gestärkt werden.“ Diesem programmatischen Anspruch bin ich verpflichtet.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Ja, ich stehe der Privatisierung öffentlichen Raums sehr kritisch gegenüber. In wenigen Ausnahmefällen kann die Privatisierung öffentlicher Flächen sinnvoll sein, und zwar bei sehr kleinteiligen Flächen, die nicht öffentlich zugänglich sind und deren Veräußerung die Raumstruktur nicht ändert, und bei Flur- und Grenzbereinigungen. Ich gehe davon aus, dass Ihre Frage und die Antwortmöglichkeiten diese Ausnahmefälle nicht einschließen.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP

Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Bereits heute kann m. W. entsprechend dem LTranspG jede/r auch kommunale amtliche Informationen auf Anfrage erlangen; dazu braucht es keine kommunale Transparenzsatzung (für die ich mich trotzdem, zwecks einer proaktiven Bereitstellung / Bringschuld durch die städtische Verwaltung, einsetze). Wir setzen uns dafür ein, dass amtliche Informationen der Stadt proaktiv auf der Transparenzplattform des Landes bzw. anderen Open Data Plattformen veröffentlicht werden.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun. Ja, ich werde mich dafür einsetzen, dass die Mechanismen der Bürgerbeteiligung in Mainz gestärkt werden, und dass die Grundlage dafür – Transparenz in der Stadtverwaltung – auf noch breitere Füße gestellt wird (s. Antwort zu Frage 3). Auf unsere Initiative hin hat der Stadtrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Beteiligungskonzept für die Stadt Mainz erarbeitet. Ob das Beteiligungskonzept auch eine kommunale Satzung, wie oben beschrieben, vorsieht, ist derzeit noch nicht absehbar. Darüber hinaus möchte ich auf das Unterkapitel „Besser mitmachen – Demokratische Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen“ auf S. 22f. unseres Wahlprogramms verweisen.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Sofern Sie zu den Fragen oder darüber hinaus noch Bemerkungen, Hinweise etc. formulieren möchten, bestünde an dieser Stelle hierfür ebenfalls noch Gelegenheit.

Vielen Dank für Ihr Engagement; ich bin gespannt auf die Ergebnisse Ihrer Arbeit. Halten Sie mich auf dem Laufenden? Ich würde mich über einen weiteren Austausch freuen.

Vielen Dank fürs Mitmachen!